

Ressort: Politik

Hauptstadtflughafen: Koalitionspolitiker kritisieren steigende Kosten

Berlin, 29.11.2012, 14:40 Uhr

GDN - Politiker von Union und FDP haben mit scharfer Kritik auf die erneute Kostensteigerung für den Berliner Großflughafen BER reagiert und Konsequenzen gefordert. "Es verstärkt sich immer mehr der Eindruck, dass personelle Konsequenzen dringend notwendig sind", sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann "Handelsblatt-Online".

"Die Verantwortlichen haben diese Baustelle ganz augenscheinlich nicht im Griff." Der Vize-Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Martin Lindner, griff Berlins Regierenden Bürgermeister, Klaus Wowereit (SPD), an. Der SPD-Politiker ist auch Vorsitzender des Aufsichtsrates der Flughafengesellschaft. Wowereit habe immer erklärt, der BER sei Chefsache. "Ab jetzt weiß jeder, was dies in Berlin bedeutet: Verzögerung, Verteuerung, Vertuschung", sagte Lindner. "Jeder fleht darum, dass sich zukünftig lieber ein Praktikant im Roten Rathaus um die Belange von Bürgern und Unternehmen kümmert als diese sogenannten Chefs in Management und Aufsichtsrat des Flughafens." Der CDU-Bundestagsabgeordnete Frank Steffel brachte einen Rücktritt des Flughafenchefs Rainer Schwarz ins Spiel. "Wenn die neuen Vorwürfe zutreffen, muss Flughafenchef Schwarz die Konsequenzen ziehen", forderte Steffel. "Die Gesellschafter haben eine lange Geduld bewiesen. Jetzt interessieren keine Begründungen oder Ausreden mehr. Jetzt entscheiden die Ergebnisse." Nötig seien jetzt "Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Kompetenz an der Spitze der Berliner Flughafengesellschaft". In einem Medienbericht hatte es zuvor geheißen, der Flughafen könne nochmals bis zu 250 Millionen Euro teurer werden als bisher geplant. Die Mehrkosten fielen an, weil die Bauunternehmen bisher nicht alle Forderungen offen gelegt hätten. Die Ausgaben für den Flughafen waren nach der dreimal verschobenen Eröffnung um 1,2 Milliarden Euro auf prognostizierte Gesamtkosten von 4,3 Milliarden Euro explodiert. Während Brandenburg und Berlin ihren Anteil daran bereits bewilligt haben, hat der Bund als dritter Anteilseigner das Geld noch gesperrt.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-3239/hauptstadtflughafen-koalitionspolitiker-kritisieren-steigende-kosten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com